

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Land/Stadt)

22. (Sonder-)Sitzung (Land)

24. (Sonder-)Sitzung (Stadt)

15.12.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land und Stadt)

22. Sitzung (Land)

24. Sitzung (Stadt)

- Sondersitzung -

am 15. Dezember 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)

Abg. Herr Fecker (Bündnis 90Die Grünen)

Abg. Frau Dehne (SPD)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)

Abg. Herr Leidreiter (Gruppe Liberal-Konservative Reformier)

Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Abg. Herr Schmidt (SPD)

Abg. Frau Tuchel (SPD)

Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Fehren)	
Frau Dr. Saebetzki)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Beeskow)	
Herr Schneider)	
Frau Bleiker)	
Herr Güse		vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Herr Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Frau Jansen)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Hä- fen
Frau Geßner)	
Herr Schütte-Thuy		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Hartwig		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 13.32 Uhr.

III. Initiativen des Senats

Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

- 1. Konzept zur Lösung der erwarteten Budget- und Liquiditätsrisiken einschl. der Finanzierungsbedarfe im Haushaltsjahr 2016
- Vorlagen 19/288 L und 19/310 S -**

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) ermächtigen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer (nur Stadt) die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung des vom Senat in seiner Sitzung am 29. November 2016 beschlossenen Konzepts zur Lösung der erwarteten Budget- und Liquiditätsrisiken einschl. der Finanzierungsbedarfe im Haushaltsjahr 2016.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) bitten nach Umsetzung des Lösungskonzepts um einen abschließenden Bericht über die haushaltsstellenscharf erfolgten Veränderungen.

- 2. Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationskonzept des Senats
- Vorlagen 19/289 L und 19/311 S -**

Abg. Herr Eckhoff bedankt sich für die als Tischvorlage verteilte Übersicht über die Ergebnisse der Deputationsbefassungen und weist ergänzend darauf hin, dass die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) erwarten, dass Beschlussfassungen der Deputation im Umlaufverfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden und insbesondere eine Beschlussfassung durch die Deputierten erfolge. Nicht zulässig sei es hingegen anstelle der Deputierten ausschließlich Fraktionsmitarbeiter bzw. nur die Sprecher der Fraktionen entscheiden zu lassen.

Abg. Herr Rupp weist unter Bezugnahme auf Anlage 3 der Vorlage darauf hin, dass dort auf Seite 4 erster Absatz dargestellt werde, dass zur Umsetzung des Sofortprogramms Wohnungsbau zwei Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen für die Konzeptionierung, Erschließung und Vermarktung der Wohnbauflächen insbesondere am Standort Überseestadt sowie der im Sofortprogramm genannten Prüfflächen (Galopprennbahn, 2. BA Büropark Oberneuland) mit einem Mittelumfang in 2017 in Höhe von 224 T€ in die erste Priorität aufgenommen worden seien. In der gestrigen Sitzung der Fachdeputation sei offen geblieben, ob diese zwei Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen in einem tatsächlichen Zusammenhang mit dem Dritten Sofortprogramm bzw. dem Integrationsbudget stehen.

Frau Geßner erläutert, der Senat habe zur zeitnahen Unterbringung der Flüchtlinge im Rahmen des Sofortprogramms Wohnungsbau auch eine deutliche Beschleunigung des Wohnungsbaus beschlossen. Zur Umsetzung dieses Beschleunigungsverlangens seien die in der Vorlage beschriebenen zwei zusätzlichen Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen erforderlich.

Die **Abg. Herren Liess und Fecker** können auch unter Beschleunigungsgesichtspunkten keinen nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen dem Integrationsbudget und diesen zwei zusätzlichen Stellen erkennen. Damit bestehe aus Sicht der Koalitionsfraktionen kein Bedarf für zwei zusätzliche Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen. Eine Zustimmung hierfür könne deshalb nicht erfolgen.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) nehmen die Verlängerung der in den Anlagen dargestellten ressortspezifischen Maßnahmen bis zum 31.12.2017 zur Kenntnis.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer (nur Stadt) der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6.000 Tsd. € mit Abdeckung in 2017 bei der Hst. 0995.971 10-0 „Globale Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Mieten, 3. Sofortprogramm, Integrationsbudget)“ - bei gleichzeiti-

ger Reduzierung der zentralen Investitionsreserve (Land) in dieser Höhe - zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer (nur Stadt) der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 52.500 Tsd. € mit Abdeckung in 2017 bei der Hst. 3995.971 10-0 „Globale Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Mieten, 3. Sofortprogramm, Integrationsbudget)“ - bei gleichzeitiger Reduzierung der zentralen Investitionsreserve (Stadt) in dieser Höhe - zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) beschließen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer (nur Stadt), dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 bei den global veranschlagten Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Reste, die voraussichtlich rd. 800 Tsd. € betragen werden, in das Jahr 2017 übertragen werden können. Er bittet darum, dass die liquiditätsmäßige Deckung im Rahmen des Haushaltsvollzuges unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mittelabflüsse des 3. Sofortprogramms und des Integrationsbudgets durch die Senatorin für Finanzen im Rahmen der Haushaltssteuerung sichergestellt wird.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) ermächtigen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer (nur Stadt) die Senatorin für Finanzen in 2017 zur haushaltstechnischen Umsetzung der aus den Globalmitteln vorzunehmenden Nachbewilligungen in Höhe von 58.500 Tsd. € (6.000 Tsd. € + 52.500 Tsd. €) sowie der Resteinanspruchnahme (voraussichtlich rd. 800 Tsd. €).

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) nehmen zur Kenntnis, dass die gemäß Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom

16.06.2016 für Maßnahmen aus dem Integrationsbudget durchzuführende Evaluation im I. Quartal 2017 mit den beigefügten Senatsvorlagen erfüllt ist.

Die Beschlussfassungen zu den Absätzen 2 bis 5 erfolgen unter der Maßgabe, dass die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) einer Bereitstellung von zwei zusätzlichen Stellen bei der Wirtschaftsförderung Bremen mit einem Mittelumfang in 2017 in Höhe von 224 T€ nicht zugestimmt hat. Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) bitten die Senatorin für Finanzen die daraus resultierenden entsprechenden Anpassungen vorzunehmen.

3. Produktplan 24, Hochschulen und Forschung; Neubau des Gebäudes NW-Biologie an der Universität Bremen

1. Freigabe der Baumittel

2. Berichtsbite lfd. Nr. 17. der Auftragsliste

- Vorlage 19/290 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Maßnahme des Neubaus des Gebäudes NW-Biologie zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Mittelfreigabe i.H.v. 9.978 Tsd. € in 2016 sowie einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 31.531 Mio. € mit der Abdeckung i.H.v. 9.335 Tsd. € in 2018, 5.730 Tsd. € in 2019, 2.500 Tsd. € in 2020 und 2.550 Tsd. € in 2021 zu und sieht die laufende Nr. 17 der Auftragsliste als erledigt an.

4. Nachbewilligung in Höhe von 7.981,40 € und Sperrenaufhebung in Höhe von

90.860 € für Sportförderung

- Vorlage 19/312 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Nachbewilligung in Höhe von 7.981,40 € bei der Hst. 3191.684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, unter Einsparung bei der Hst.3191.684 94-9, für die Beschäftigung haupt- und nebenberuflicher Übungs- und Organisationsleiter, zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Sperrenaufhebung in Höhe von 90.860,00 € bei der Hst. 3191/684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, zu.

IV. Verschiedenes

1. Ausweisung der Flüchtlingskosten im Haushaltsjahr 2016

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Rupp erklärt **Staatsrat Lühr**, der Senat halte grundsätzlich an der Notwendigkeit einer separaten Ausweisung der Flüchtlingskosten im Haushalt fest. Unabhängig davon prüfe der Senat gegenwärtig die aktuelle Liquiditätssituation im Haushalt 2016 und sich daraus ergebende Gegenrechnungsmöglichkeiten zu den separat ausgewiesenen Flüchtlingskosten. Das Ergebnis dieser Prüfung und gegebenenfalls Gegenrechnung liege noch nicht vor und könne dem Haushalts- und Finanzausschuss frühestens im Januar mitgeteilt werden.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) nehmen den mündlichen Bericht zur Kenntnis und bitten das Ergebnis der Prüfung sowie die vorgenommenen Verrechnungen mit den bislang separat ausgewiesenen Flüchtlingskosten unmittelbar nach Vorliegen dieser Informationen - spätestens Anfang Januar - den Ausschussmitgliedern über den Ausschussreferenten mitzuteilen.

(Schluss der Sitzung um 14.07 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender